

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Nationale Debatte über die Zukunft Europas:**
– **Deutschland**

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei den Bericht über die nationale Debatte über die Zukunft Europas, die in Deutschland geführt wird.

Bericht über die nationale Debatte zum Konvent zur Zukunft Europas in Deutschland

1. Bundesregierung: Prof. Peter Glotz, Beauftragter des Bundeskanzlers für den Konvent; Vertreter: Gunter Pleuger, Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Das Auswärtige Amt begleitet den Konvent zur Zukunft Europas auf unterschiedliche Weise. Einen großen Raum nimmt zur Information und Einbeziehung der allgemeinen Öffentlichkeit das Internet ein. Die Website des Auswärtigen Amts enthält ausführliche Informationen zum Konvent, zur internationalen Debatte um die Zukunft Europas und Links zu einschlägigen Homepages (Konvent, Futurum, etc). Sie bietet außerdem ein nationales Forum zur Zukunft Europas, auf dem sich Bürgerinnen und Bürger mit Vorschlägen und Kommentaren an der Diskussion beteiligen können. Der Beauftragte des Bundeskanzlers für den Konvent, Prof. Glotz, ist Schirmherr dieses Forums und nimmt in unregelmäßigen Abständen zu den Forumsbeiträgen Stellung.

Zur Abrundung des interaktiven Angebots auf der Homepage bietet das Auswärtige Amt etwa einmal monatlich Chats zu Konventsthemen an. Prof. Glotz stand für einen Chat zur Verfügung, der großes Interesse hervorrief. In Vorbereitung ist außerdem eine spezielle Seite zum Thema "Jugend und Europa", die einen Planspielwettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe mit einer großen Abschlussveranstaltung in Berlin sowie ein Europaquiz und zahlreiche Informationsangebote (Europa-Lexikon, online-Europazeitungen, Studienbörse etc.) bieten wird.

Inhaltlich steht bei den Forumsbeiträgen meist das Thema Demokratisierung der EU im Vordergrund. Gefordert werden vor allem mehr Rechte für das EP und mehr Transparenz bei der Zuständigkeitsverteilung und bei den Entscheidungsmechanismen in der EU, aber auch größere sprachliche Klarheit (z.b. Begriffsverwirrung "Rat der Europäischen Union" - "Europäischer Rat"). Ein weiteres häufig formuliertes Anliegen ist, dass die EU außenpolitisch mit einer einheitlichen Stimme sprechen sollte.

Prof. Glotz äußerte sich in seiner Funktion als Beauftragter des Bundeskanzlers für den Konvent auch in Zeitungsartikeln (FAZ, Tagesspiegel, Handelsblatt), Zeitschriften (Spiegel) und dem Magazin "Deutschland", das vom Bundespresseamt herausgegeben wird und in erster Linie im Ausland über Deutschland informieren soll.

Eine wichtige speziellere Zielgruppe ist die europapolitisch gut informierte Fachöffentlichkeit – einerseits im akademischen Umfeld und andererseits in Verbänden, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NGO).

Das Auswärtige Amt hält engen Kontakt zu europarechtlich und europapolitisch ausgerichteten Studiengängen und lädt Studierende dieser Studiengänge zu Diskussionsveranstaltungen zur Zukunft Europas im Auswärtigen Amt ein, zuletzt am 07.05.2002 zu einer Diskussion mit Bundesminister Fischer und Kommissar Barnier, die auch im Fernsehen übertragen wurde.

-

Fachspezifische Themen werden auch von anderen Bundesministerien aufgegriffen, z.B. hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 10.06.2002 eine ganztägige Tagung zu Fragen der Sozialpolitik durchgeführt.

Verbände, Kirchen/Religionsgemeinschaften und NGOs wählen unterschiedliche Wege, um ihre Anliegen den deutschen Konventsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Wichtigstes Mittel der Einbeziehung sind neben öffentlichen Anhörungen der Parlamente – Landtage wie Bundestag und Bundesrat, s.u. – ausführliche Gespräche der Konventsmitglieder mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und NGOs.

Die Konventsmitglieder bemühen sich, mit möglichst vielen verschiedenen Gruppen und Verbänden in Kontakt zu kommen, um eine große Bandbreite von Vorschlägen und Ideen aufzunehmen und in ihre Konventsarbeit einbringen zu können.

2. Deutscher Bundestag: Prof. Jürgen Meyer, MdB, Stellvertreter: Peter Altmaier, MdB

Der Deutsche Bundestag begleitet die Konventsarbeiten intensiv durch zahlreiche Plenardebatten und öffentliche Sitzungen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Zur Diskussion der zentralen Zukunftsthemen („Europäische Verfassungsdiskussion“, „Stärkung der Demokratie in Europa“, „Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU“) werden zusätzlich öffentliche Anhörungen mit Teilnehmern aus den EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern abgehalten, die ebenso wie die Plenardebatten über das deutsche Fernsehen ausgestrahlt werden. Die nächste öffentliche Anhörung zum EU-Konvent, die von den Europaausschüssen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates gemeinsam organisiert wird, wird mit Vertretern von Verbänden, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen am 26. Juni 2002 in Berlin stattfinden. Hinzu treten öffentliche Europa-Veranstaltungen der Fraktionen im Deutschen Bundestag, z.B. zum Thema „Erwartungen der Zivilgesellschaft an den Verfassungskonvent“.

Über die Homepage des Parlaments werden Informationen über den europapolitischen Diskussionsstand und die Beratungen des Europaausschusses sowie die Abrufung der Europa-Debatten per Video-Archiv angeboten. Ein erster Online-Chat wurde am 16.5.2002 von Prof. Meyer zum Thema „Warum braucht Europa eine Verfassung?“ abgehalten, ein Online-Forum zur Frage eines Referendums für die EU-Grundrechtecharta und zum Inhalt einer künftigen EU-Verfassung ist ebenfalls seit Mai 2002 aktiv und steht Bürgerinnen und Bürgern für Vorschläge und interaktiven Meinungsaustausch zur Verfügung. Dabei stimmten im Rahmen eines Online-Votings innerhalb der ersten drei Wochen 2/3 der Teilnehmer für die Durchführung eines Grundrechtecharta-Referendums. Zusätzlich zu den Online-Einrichtungen des Bundestags nimmt Prof. Meyer am interaktiven Bürgerforum „EU-Konvent“ des Bayerischen Rundfunks teil.

Über die Bundestagspublikationen „Zur Sache“ und die Schriftenreihe „Texte und Materialien“ des Europaausschusses werden die zentralen Dokumente und Debattenbeiträgen zur EU-Grundrechtecharta und der parlamentarischen Begleitung des Prozesses zur Zukunft der EU einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hinzu kommen Namensartikel und Interviews der Konventsmitglieder in überregionalen und lokalen Medien sowie zahlreiche Bürgergespräche und Vorträge. In der neuen Ausstellung des Bundestags „Wege, Irrwege, Umwege – die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom in Berlin wird auf die demokratische und parlamentarische Dimension des EU-Verfassungsprozesses besonders eingegangen und die Aufgabe des Konvents den Besuchern in Schrift- und Videobeiträgen näher gebracht.

Bundesländer

Die Bundesländer, die durch die Bundesratsmitglieder **Ministerpräsident Teufel** und den niedersächsischen **Europaminister Senff** als sein Stellvertreter im Konvent vertreten sind, sind ebenfalls wichtige Akteure bei der Information über Europa und bei der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Diskussion.

Die Länder haben bei der Formulierung ihrer Positionen zu den Themen des Konvents in einem aufwändigen Verfahren alle Fachministerkonferenzen beteiligt, sowie die kommunalen Spitzenverbände angehört und in jedem Land die Meinungen vieler die Zivilgesellschaft repräsentierender Organisationen eingeholt.

Die Landesregierungen informieren über den Konvent und die dort behandelten Themen. Dieses erfolgt einerseits über schriftliches Informationsmaterial, aber auch verstärkt über das Internet. Dort werden umfangreiche Informationen angeboten und werden die Bürgerinnen und Bürger über Chats und Internetforen aktiv an der Diskussion zu Europa beteiligt. Daneben werden sowohl von den Landesregierungen als auch von den Landesparlamenten zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, die sich thematisch auf den Konvent beziehen. Besonders hervorzuheben ist die in allen Länder stattfindende Europawoche. In diesem Rahmen hat auch der Vorsitzende des Konvents, Präsident Giscard d'Estaing, auf Einladung von Ministerpräsident Teufel am Europatag in Stuttgart vor über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Rede zum Thema „Die europäische Botschaft heute“ gehalten; das Publikum spiegelte einen breiten Querschnitt der Zivilgesellschaft wider. Hinzu kommen Foren und wissenschaftliche Kolloquien zu Konventsthemen, zu denen Konventsmitglieder, aber auch Abgeordnete des Europaparlamentes eingeladen werden.

Die Länder tragen die Information durch eine Vielzahl von kleineren Veranstaltungen in die Fläche. Ein Beispiel hierfür ist der Info-Bus des Niedersächsischen Europäischen Informationszentrums, der ganz Niedersachsen bereist, um über die Erweiterung der EU und die damit zusammenhängenden Themen zu informieren.

Eine spezielle Zielgruppe sind Jugendliche. Der Landtag des Saarlandes hat beispielsweise am 2. und 3. Mai einen Jugendkonvent "Eine Verfassung für Europa" durchgeführt; dabei haben rund 60 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15-19 Jahren ihre Erwartungen an die Europäische Union und den Konvent diskutiert und formuliert, u.a. mit dem stellvertretenden Konventsmitglied MdB Altmaier und den Europaabgeordneten Doris Pack und Jo Leinen.
